

International

Internationale Risiken für bayerische Unternehmen 2024

vbw

Studie

Stand: Juli 2024

Eine vbw Studie, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Mit besseren Standortbedingungen auf zunehmende Risiken im internationalen Geschäftsumfeld reagieren

Seit 2019 befragt die vbw bayerische Unternehmen, wie stark Risiken und Unsicherheiten ihr Geschäft beeinflussen und in welchem Umfang sie eigene Maßnahmen ergreifen, um diesen Risiken zu begegnen. Die vorliegenden Ergebnisse der diesjährigen Befragung ergeben, dass die Geschäftsrisiken und Unsicherheiten der international tätigen Unternehmen in Bayern immer weiter zunehmen. Die Gründe verschieben sich von temporären Anpassungslasten immer mehr hin zu langfristigen, strukturellen Faktoren. Besonders stark schlagen der Fachkräfte-Engpass, die steigende Kostenbelastung sowie schlechte Standortbedingungen in Deutschland auf die Unternehmen durch.

Im Vergleich zu kleinen und mittleren Unternehmen fällt es großen und international tätigen Unternehmen deutlich leichter, auf diese Risiken zu reagieren. Gerade in dieser Gruppe der großen Unternehmen spielen allerdings auch Verlagerungen in das Ausland eine relevante Rolle. Gut ist es, wenn Unternehmen auf diese Weise expandieren und ihre Stellung auf internationalen Märkten und ihren wirtschaftlichen Erfolg sichern. Schlecht ist es jedoch, wenn dieser Schritt erzwungen wird, weil die Bedingungen am Heimatstandort erfolgreiches Handeln im internationalen Wettbewerb nicht mehr zulassen. Unsere Studie zeigt, dass sich die Unternehmen allzu oft in genau dieser Situation befinden und deshalb eine Verlagerung in das Ausland in Betracht ziehen.

Hier ist die Wirtschaftspolitik besonders gefordert. Vielen der in der Studie aufgezeigten Risiken, vor allem den Standortbedingungen in Deutschland, muss entschieden begegnet werden. Die dafür notwendigen, politischen Maßnahmen sind bekannt. Diese Studie soll dazu motivieren, sie auch zu ergreifen.

Bertram Brossardt
24. Juli 2024

Inhalt

1	Zusammenfassung	1
1.1	Risikolage auch im Jahr 2024 auf hohem Niveau	1
1.2	Standortbedingungen werden zunehmend zum Problem	1
1.3	Große und international tätige Unternehmen besonders risikosensibel	1
1.4	Wirtschaftspolitik gefordert	2
1.5	Teils hoher Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen	2
2	Allgemeine Entwicklung der Risikolage	3
3	Risikoeinschätzung der Unternehmen	5
3.1	Risikoeinschätzung in der Gesamtschau	5
3.2	Risikoeinschätzung im Vergleich der Unternehmenskategorien	9
4	Risikoeinschätzung und Vorbereitung	11
5	Standort- und Investitionsentscheidungen	16
	Literaturverzeichnis	20
	Abbildungsverzeichnis	21
	Ansprechpartner/Impressum	22

1 Zusammenfassung

Verschärfte Risikolage erfordert agiles Risikomanagement und zeigt hohen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen.

1.1 Risikolage auch im Jahr 2024 auf hohem Niveau

Das internationale Risikoumfeld für bayerische Unternehmen hat ein ernüchternd hohes Niveau erreicht, die Verunsicherung der Unternehmen steigt. Das zeigt eine aktuelle Umfrage unter 300 bayerischen Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und den industrienahen Dienstleistungen zu möglichen Geschäftsrisiken. Bei 14 von 17 zum wiederholten Mal abgefragten Risikofaktoren blieb die Risikoeinschätzung der Firmen hoch oder verschärfte sich weiter. Ein klarer Rückgang der Risikoeinschätzung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich nur bei den Themen Ausfall kritischer Infrastruktur, Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte und Umbrüche durch Digitalisierung. Fachkräfte-Engpässe rangieren weiter ganz vorn. Strukturelle Kostensteigerungen (etwa hohe Energiepreise oder gestiegene Arbeitskosten) werden erneut als zweitgrößtes Risiko wahrgenommen. Auch Cyber-Kriminalität rangiert weiter unter den Top-3-Risikofaktoren. Zudem werden die Risiken Standortbedingungen sowie Protektionismus deutlich gravierender eingeschätzt als im Vorjahr. Sie wirken als zusätzliche Belastung in einem ohnehin schon sehr schwierigen Risikoumfeld.

1.2 Standortbedingungen werden zunehmend zum Problem

Die akuten Anpassungslasten infolge des Ukraine-Krieges haben etwas nachgelassen. Gleichzeitig werden die strukturellen Probleme Deutschlands immer stärker sichtbar. In der Gesamtschau zeichnet die Umfrage ein besorgniserregendes Bild der unternehmerischen Rahmenbedingungen. Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern, perspektivisch verschärft durch die demografische Entwicklung in Deutschland, steht ganz vorn auf der Sorgenliste. Fast jedes zweite bayerische Unternehmen sieht hier ein hohes Risiko. Auch bei den strukturellen Kostensteigerungen und den Standortbedingungen in Deutschland, die etwa zwei von fünf Firmen als hohe Risiken einstufen, zeigen sich Verhärtungen.

1.3 Große und international tätige Unternehmen besonders risikosensibel

Wie in den Vorjahren zeigen sich Großunternehmen besonders risikosensibel, gefolgt von den stark internationalisierten Firmen. Hier ist allerdings eine aufgrund der Fallzahlen nur als Tendenz herauslesbare Differenzierung wichtig: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Verarbeitenden Gewerbe sehen sich anscheinend sogar noch höheren Risiken ausgesetzt als Großunternehmen, was auch deshalb zur Sorge Anlass gibt, weil das Gegensteuern in dieser Gruppe besonders schwerfällt. Das Verhältnis zwischen dem Ausmaß an Gegenmaßnahmen und den Risiken fällt insgesamt etwas schlechter aus als im Vorjahr. Bei

Gegenmaßnahmen wenig aktiv, allerdings auch besonders wenig risikosensibel sind nicht internationalisierte Unternehmen als Gesamtheit.

Alles in allem zeigt sich über alle Unternehmenstypen hinweg eine ansteigende Verunsicherung. Dabei sind Großunternehmen bei Gegenmaßnahmen wie im Vorjahr am aktivsten, gefolgt von stark internationalisierten Firmen. Generell gut vorbereitet sehen sich die bayerischen Unternehmen vor allem auf Cyber-Risiken. Das gilt überwiegend auch für die Digitalisierung, allerdings mit im Vergleich zum Vorjahr rückläufiger Tendenz. Für am wenigsten gewappnet halten sich die bayerischen Unternehmen bei den Risikofaktoren Standortbedingungen, Geopolitik und Finanzmarktkrise.

1.4 Wirtschaftspolitik gefordert

Die Wirtschaftspolitik sollte diese Unsicherheitsfaktoren ausräumen, betriebliche Anpassungsstrategien flankieren und nicht selbst zu weiterer Verunsicherung beitragen. Besonderes Augenmerk muss den Problemfaktoren gelten, bei denen die Unternehmen hohe Risiken sehen, die sich mit betrieblichen Maßnahmen aber nur begrenzt einhegen lassen: Geopolitik, Ausfall kritischer Infrastruktur sowie Klima-/Umweltpolitik. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind besonders häufig von diesen und weiteren Risikofaktoren betroffen, was für den Industriestandort ein alarmierendes Ergebnis ist.

1.5 Teils hoher Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen

Für diese Studie wurden die Unternehmen zum zweiten Mal gefragt, ob die abgefragten Risiken ihr Geschäftsmodell gefährden, als Investitionshemmnis wirken oder Anlass für eine Auslandsverlagerung geben. Aus Sicht der bayerischen Firmen rangieren dabei strukturelle Kostensteigerungen, Fachkräfte-Engpässe, Standortbedingungen sowie Klima-/Umweltpolitik, Standort als äußerst relevante Faktoren mit Antwortanteilen von knapp bis zu teilweise deutlich über einem Drittel ganz oben. Das Geschäftsmodellrisiko und Investitionshemmnis oft ähnlich hoch bewertet werden, ist kritisch. Damit fallen notwendige Anpassungsschritte besonders schwer. Auch hier besteht hoher politischer Handlungsbedarf.

Die Reaktionsmöglichkeit „Auslandsverlagerung“ spielt für Großunternehmen und stark internationalisierte Firmen nach wie vor eine beachtliche Rolle. Fast jedes fünfte bayerische Großunternehmen und gut jedes siebte stark internationalisierte Unternehmen verfolgt wegen der schlechten Standortbedingungen und der Kostensteigerungen entsprechende Überlegungen. In die Tat umgesetzt würde dies den Standort Bayern empfindlich schwächen. Im Durchschnitt aller Industrieunternehmen werden Verlagerungspläne allerdings mittlerweile deutlich seltener genannt als im Vorjahr. Ob hier Möglichkeiten schon ausgereizt wurden oder Prüfungen ergeben haben, dass sie nicht erschließbar sind, beantwortet die Befragung nicht.

2 Allgemeine Entwicklung der Risikolage

Geopolitische Verwerfungen belasten die wirtschaftliche Situation.

Die Risikolandschaft ist seit Jahren von immer neuen Unsicherheiten geprägt. Vier Vorläuferstudien (vbw, 2019; 2021; 2022; 2023) haben das Risikoumfeld beschrieben und analysiert. Immer wieder traten internationale Krisen weitgehend unerwartet auf und brachen über die bayerische Wirtschaft herein, mit zum Teil gravierenden Auswirkungen. Dies gilt besonders für die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die jeweils zu Einbrüchen der deutschen Wirtschaftsleistung führten. Zuletzt kam der Terrorangriff der Hamas gegen Israel am 07. Oktober 2023 hinzu, der zu Instabilitäten im Nahen Osten, Problemen mit dem Schiffstransport durch den Suez-Kanal und gesellschaftlichen Spannungen in Europa und den USA geführt hat.

Zunehmende geopolitische Spannungen, eine nach wie vor restriktive Geldpolitik im Euroraum und den USA sowie Bedenken über die zukünftigen Investitionsbedingungen in der Transformation setzen die Unternehmen in Deutschland weiter unter Druck. Dazu kommt der Sogeffekt des Inflation Reduction Act (IRA) der USA. Die Angriffe der Huthi Rebellen im Roten Meer und die daraus folgende Störung der Seewege zeigen erneut, dass global ausgerichtete Unternehmen bei einer Fragmentierung der Weltwirtschaft gravierende Unwägbarkeiten in den Lieferketten drohen. Das deutsche Geschäftsmodell ist tief in internationale Wertschöpfungsketten integriert und von verlässlichen Rahmenbedingungen und offenen Exportmärkten abhängig. Die Rahmenbedingungen dafür drohen sich durch aufflammenden Protektionismus in den USA und China nachhaltig zu verändern. Sowohl bei der Produktion in den energieintensiven Branchen als auch beim Investitionsgeschehen zeigt sich eine schleichende Deindustrialisierung in Deutschland (Grömling et al., 2023). Zwar haben sich die Energiekosten wieder etwas normalisiert, aber die energieintensive Produktion ist bereits deutlich zurückgegangen (Küper/Obst, 2023). Neuinvestitionen am Standort Bayern und in Deutschland werden vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen unwahrscheinlicher. Das zeigt auch die negative Entwicklung bei den Direktinvestitionen (Rusche, 2023).

Das „leise“ Industriesterben betrifft sowohl international agierende Unternehmen als auch kleinere Betriebe, die im deutschen und europäischen Markt tätig sind. So sind die Unternehmensschließungen im Jahr 2023 insgesamt auf 176.000 Unternehmen angestiegen (Gottschalk, 2024) – eine Zunahme von 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnet seit 2021 einen signifikanten Anstieg bei den Unternehmensschließungen von 8,7 Prozent gegenüber 2022 (11.000 Schließungen), vor allem in forschungsintensiven Branchen. Damit ist der höchste Wert seit 2004 erreicht. Zu beachten ist, dass mit der Corona-Pandemie 2020 das Insolvenzrecht ausgesetzt und umfangreiche fiskalische Stützungsmaßnahmen verabschiedet wurden. Dadurch erreichten die Unternehmensschließungen 2020 trotz Krise einen Tiefpunkt. Dennoch verzeichnet das Verarbeitende Gewerbe seit 2021 durchweg steigende Schließungszahlen.

Allgemeine Entwicklung der Risikolage

Schon vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hatten angebotsseitige Störungen dazu geführt, dass die Inflation in Deutschland deutlich zunahm. Im Jahr 2022 lag die Verbraucherpreissteigerung bei knapp sieben Prozent; die höchste Teuerungsrate seit der Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre. Auch im vergangenen Jahr lag sie mit knapp sechs Prozent nochmals deutlich über der Zielinflationsrate von zwei Prozent im Euroraum. Kräftig gestiegene Import- und Erzeugerpreise setzten viele bayerische Firmen unter erheblichen Kostendruck. Strukturelle Kostensteigerungen führen zu Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und stellen eine Investitionsbremse dar. Die hohe Inflation trifft aber auch die Haushalte und führt zu einem anhaltend schwachen privaten Konsum in Deutschland. Zweitrundeneffekte im Güter- und Arbeitsmarkt sind bereits deutlich spürbar. Bei zu hohen Tarifabschlüssen droht eine Lohn-Preis-Spirale, die die Geldpolitik weiter unter Druck setzt und mehrfache Leitzinssenkungen unwahrscheinlicher macht.

Zudem hat die Zinswende die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und die Immobilienwirtschaft verschlechtert und die Bauinvestitionen im Jahr 2023 einbrechen lassen. Das könnte wiederum negativ auf die Bankbilanzen durchschlagen und zu Problemen bei der Finanzierung bayerischer Unternehmen führen. Verbunden mit der höheren Inflation bleiben daher Finanzmarktrisiken bestehen. Zwar scheint eine systemische Bankenkrise in Europa aktuell nicht sehr wahrscheinlich (Obst, 2023). Aber die Rating-Herabstufung des französischen Staates sendet ein weiteres Warnsignal angesichts weiter sehr hoher Staatsverschuldung in manchen Euroländern. Länder wie Frankreich oder Italien hatten auch im vergangenen Jahr hohe Staatsdefizite und stehen einer steigenden Zinslast gegenüber.

Fachkräfte-Engpässe werden zunehmend zur dauerhaften Belastung für deutsche Unternehmen und verschlechtern die Standortbedingungen. Eine Studie (Burstedde/Kolev-Schaefer, 2024) schätzt, dass der deutschen Volkswirtschaft trotz konjunktureller Schwächephase derzeit etwa 573.000 qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Wenn Unternehmen diesen Fachkräftebedarf decken könnten und damit auch mehr investieren würden, läge das deutsche Produktionspotenzial um 1,1 Prozent höher; in aktuellen Preisen wären das 49 Milliarden Euro. Fehlendes Personal ist damit eines der wichtigsten Produktionshemmnisse. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte der Engpass an Beschäftigten dauerhaft ein großes Problem für die bayerischen Unternehmen bleiben. Volkswirtschaftlich stellt der Fachkräfte-Engpass somit eine Wachstumsbremse dar.

3 Risikoeinschätzung der Unternehmen

Angespannte Risikolage durch verschlechterte Standortbedingungen zusätzlich belastet

Für diese Studie wurde im März und April 2023 eine CATI-Telefonumfrage (Computer Assisted Telephone Interview) unter rund 300 bayerischen Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund durchgeführt. Die Befragten wurden gebeten, zu einem Katalog von 17 Unsicherheitsfaktoren ihre Risikoeinschätzung, ihre Reaktionen auf die jeweiligen Risiken und deren Relevanz für Standort-/Investitionsentscheidungen anzugeben. Als Strukturvariablen wurden die Unternehmensgröße, die Branchenzugehörigkeit und der Internationalisierungsgrad der Unternehmen erfasst.

3.1 Risikoeinschätzung in der Gesamtschau

Die Vorläuferstudie 2023 stand stark unter dem Einfluss anhaltender angebotsseitiger Störungen, deutete aber auch auf eine zunehmende Belastung durch strukturelle Themen hin. Beim Ranking nach der Einschätzung „hohes Risiko“ bildeten die Risikofaktoren Fachkräfte-Engpässe, Strukturelle Kostensteigerungen und Cyber-Kriminalität die Top-3-Risiken.

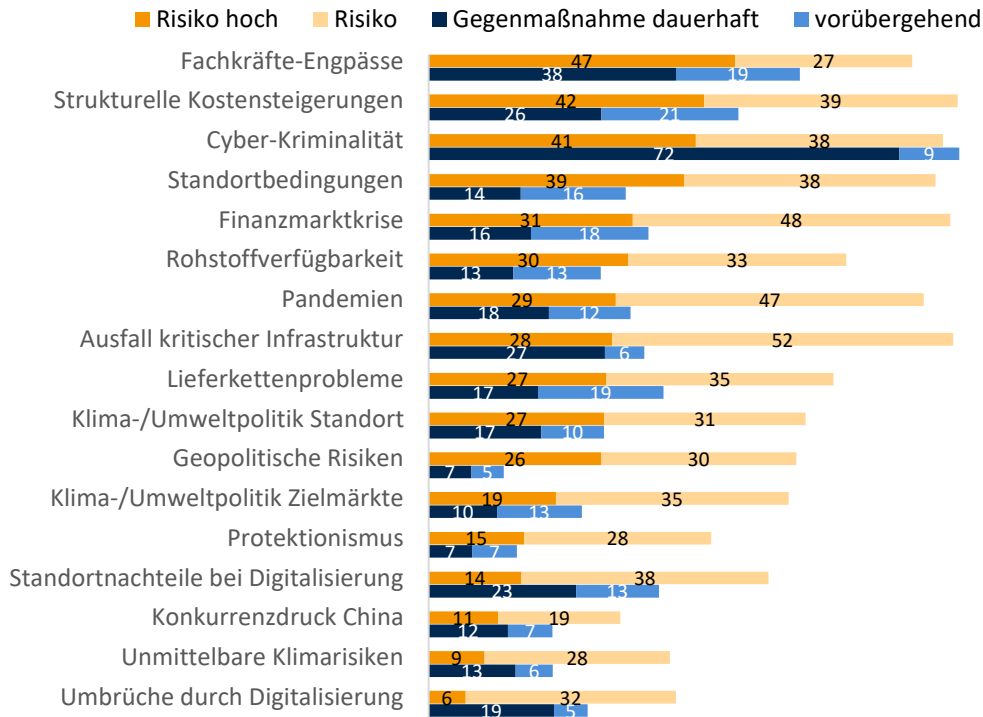
Diese drei Faktoren stellen in diesem Jahr (Abbildung 1) erneut die am höchsten eingeschätzten Risiken dar, mit der Fachkräfteproblematik an der Spitze, aber darunter kommt es zu relevanten Neusortierungen. An vierter Stelle steht diesmal der Risikofaktor Standortbedingungen (2023: Platz elf). Der Ausfall kritischer Infrastruktur fällt dagegen vom vierten (2023) auf den achten Platz (2024), bleibt allerdings im Gesamtbild weiterhin sehr relevant.

Als weitere zentrale Ergebnisse sind zu nennen:

- Erneut steht das Thema Finanzmarktkrise auf Platz fünf, die weiterhin restriktive Geldpolitik und die verschlechterten Kreditbedingungen werden von den bayerischen Unternehmen als relevante Risikofaktoren eingeschätzt.
- Auffällig ist auch, dass sich der Risikofaktor Protektionismus deutlich nach oben verschoben hat – von der letzten Stelle im vergangenen Jahr auf den 13. Platz in diesem Jahr.
- Rohstoffverfügbarkeit (unverändert an sechster Stelle), Lieferkettenprobleme (neunter Platz) und Geopolitische Risiken (11. Platz) bleiben auch in diesem Jahr relevante Themen für die bayerischen Unternehmen.

Abbildung 1
Risikobewertung und Gegenmaßnahmen aller Unternehmen

Angaben in Prozent



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“; Gegenmaßnahmen dauerhaft: auch strategisch. Mögliche Risikobewertungen: hohes Risiko (Risiko hoch); geringes Risiko (Risiko); kein Risiko (Differenz zu 100, nicht dargestellt).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Abbildung 2 vergleicht die Umfrageergebnisse seit 2019. Seit 2021 wurden fast durchweg die gleichen Risikofaktoren und -definitionen verwendet, sodass der Vergleich mit diesen Jahren gut möglich ist. Nur die Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2019 ist etwas eingeschränkt. Das Bild zeigt: Die Risiken mit Bezug zum Russland-Ukraine-Krieg, der Umweltpolitik und der Umbrüche durch Digitalisierung haben am aktuellen Rand etwas weniger Gewicht. Dagegen verharren immerhin 11 von 17 Risikofaktoren auf hohem Niveau. So liegt der Anteil der bayerischen Unternehmen, die ein „hohes Risiko“ sehen, beispielsweise bei den Faktoren Fachkräfte-Engpässe oder Standortbedingungen, im Jahr 2024 in etwa doppelt so hoch wie noch im Jahr 2021. Vor allem die Standortbedingungen haben nochmal mit 15 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr 2023 am aktuellen Rand signifikant in der Risikowahrnehmung zugenommen. Cyberkriminalität, Ausfall kritischer Infrastruktur oder Rohstoffverfügbarkeit liegen 2024 immer noch deutlich über dem Niveau von 2021. Geopolitische Risiken und zunehmender Protektionismus werden von den bayerischen Unternehmen aktuell besonders hoch eingeschätzt.

Abbildung 2
 Risikoeinschätzung im Zeitvergleich

Anteil der Antworten „hohes Risiko“ in Prozent, Differenz 2024 zu 2023 in Prozentpunkten

Risikofaktoren	2019	2021	2022	2023	2024	Differenz 2024 ggü. 2023
Fachkräfte-Engpässe	63	22	23	43	47	4
Strukturelle Kostensteigerungen	22	0	42	41	42	1
Cyber-Kriminalität	22	27	30	39	41	1
Standortbedingungen	17	21	19	24	39	15
Finanzmarktkrise	14	23	18	29	31	2
Rohstoffverfügbarkeit	22	17	36	28	30	2
Pandemien	0	42	33	25	29	3
Ausfall kritischer Infrastruktur	0	19	46	36	28	-8
Lieferkettenprobleme	0	20	28	27	27	0
Klima-/Umweltpolitik Standort	21	14	7	26	27	1
Geopolitische Risiken	0	11	24	24	26	3
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	0	6	9	26	19	-7
Protektionismus	13	10	10	6	15	8
Standortnachteile bei Digitalisierung	0	10	15	12	14	2
Konkurrenzdruck China	19	9	8	13	11	-2
Unmittelbare Klimarisiken	9	6	6	9	9	-1
Umbrüche durch Digitalisierung	15	8	9	11	6	-5

Vergleich zu 2019 vereinzelt nicht möglich. Strukturelle Kostensteigerungen: 2019 gefragt nach Energiekosten/-verfügbarkeit. Umbrüche durch Digitalisierung: 2019 gefragt nach Digitale Geschäftsmodelle.
 Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Im Folgenden werden 2024 besonders hoch gewertete Risikofaktoren näher betrachtet.

Fachkräfte-Engpässe

Fachkräfte-Engpässe werden mit einem Hochrisikoanteil von 47 Prozent und einem erneuten Anstieg um vier Prozentpunkte am höchsten gewichtet. Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2019 bereits 63 Prozent der Firmen hier ein hohes Risiko sahen, was damals ebenfalls Rang eins bedeutete. In den beiden Folgejahren sorgte vermutlich die Corona-Krise für eine aus heutiger Sicht vorübergehende Entspannung am Arbeitsmarkt. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht aber zum langfristigen Problem für die bayerischen Unternehmen zu werden. Hier zeigen sich die demografischen Anpassungslasten der Volkswirtschaft.

Strukturelle Kostensteigerungen

Strukturelle Kostensteigerungen – etwa für Energie, Vorleistungen, Lagerhaltung oder Personal – bleiben zum dritten Mal in Folge der zweitwichtigste Risikofaktor. Schon der

Russland-Ukraine-Krieg verschärfte die pandemiebedingten Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorprodukten. Zwar kam es hier zu einer gewissen Entspannung. Doch die Übergriffe im Roten Meer und weitere geopolitische Unwägbarkeiten infolge des wieder-aufflammenden Nahostkonflikts verstärken wieder die Risiken bei den Importpreisen. In der Folge sehen 42 Prozent der bayerischen Unternehmen diesen Faktor als hohes Risiko an, geringfügig mehr als im Vorjahr. Allerdings sehen weitere 39 Prozent hier zumindest ein Risiko, wenn auch kein hohes, sodass insgesamt 81 Prozent aller bayerischen Firmen besorgt sind – so viele wie bei keinem anderen Unsicherheitsfaktor. Das kumulierte Risiko liegt allerdings sieben Prozentpunkte niedriger als 2023. Hier dürfte sich die gewisse Entspannung bei den Energie- und Erzeugerpreisen niederschlagen. Dagegen sind die Arbeitskosten weiter gestiegen, sodass der Gesamtbefund bei der Kostenbelastung akut bleibt, wie auch eine aktuelle Umfrage der Deutschen Bundesbank (2024) zeigt.

Cyber-Kriminalität

Cyber-Kriminalität – etwa Datendiebstahl oder Lahmlegung des Betriebs – wird im Zeitvergleich mit einem Hochrisikoanteil von 41 Prozent nochmals etwas gravierender eingeschätzt als in den Vorjahren. Insgesamt zeigt sich hier eine stetig zunehmende Risikowahrnehmung der bayerischen Unternehmen, wozu sicherlich auch die geopolitischen Konflikte mit Russland und China beitragen.

Standortbedingungen

Auffällig ist die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gravierendere Risikoeinschätzung beim Thema Standortbedingungen. Noch im Jahr 2023 lag der Hochrisikoanteil hier mit 24 Prozent im unteren Mittelfeld, doch schon damals lag die Risikoeinschätzung insgesamt (Risiko plus hohes Risiko) bei fast 70 Prozent und damit 47 Prozentpunkte über dem Jahr 2022. Dieser Trend setzt sich fort. So ist der Hochrisikoanteil 2024 auf 39 Prozent gestiegen, das ist unter allen Risikofaktoren der stärkste Zuwachs. Auch die gesamte Risikoeinschätzung liegt um neun Prozentpunkte über dem Jahr 2023. Das Thema Standortbedingungen steht damit jetzt auf Platz vier der Risikofaktoren. In Zeiten geopolitischer Verwerfungen werden schlechte Standortbedingungen am Heimatmarkt offensichtlich zu einem besonders großen Problem für die Wirtschaft.

Finanzmarktkrise

Das Risiko einer Finanzmarktkrise spielt angesichts des weiter hohen Zinsniveaus, der zeitweiligen Turbulenzen an den globalen Aktienmärkten und der hohen Staatsverschuldung immer noch eine große Rolle. Mit 31 Prozent sehen hier etwas mehr bayerische Unternehmen als im Vorjahr ein hohes Risiko, sodass die Finanzmarktrisiken auf Platz fünf verharren. Weitere 48 Prozent sehen hier zumindest ein Risiko. Insgesamt sind also etwa acht von zehn bayerischen Firmen bezüglich der Entwicklung am Finanzmarkt besorgt.

Ausfallrisiko bei kritischer Infrastruktur

Neben diesen fünf wichtigsten Risikofaktoren verdient noch die Wertung zum Ausfallrisiko bei kritischer Infrastruktur besondere Aufmerksamkeit. Es geht etwa um Stromausfälle und Engpässe bei der Gas- und Wasserversorgung. Dieses Thema sehen 28 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko an, im Vorjahr waren es noch 36 Prozent.

Damit hat diese Sorge zwar an Gewicht verloren, sie bleibt aber auf relativ hohem Niveau. Das zeigt sich auch darin, dass insgesamt 80 Prozent (Risiko plus hohes Risiko) aller bayerischen Unternehmen immer noch besorgt sind. Die Einschätzung des Gesamtrisikos liegt bei diesem Risikofaktor damit an zweiter Stelle hinten den Strukturellen Kostensteigerungen.

3.2 Risikoeinschätzung im Vergleich der Unternehmenskategorien

Abbildung 3 vergleicht die Hochrisiko-Einschätzung verschiedener Unternehmenskategorien. Die Ampelfarben zeigen zeilenweise an, welche Unternehmenskategorie beim jeweiligen Risikofaktor den höchsten (rot) und niedrigsten (grün) Wert aufweist.

Abbildung 3

Risikoeinschätzung im Vergleich ausgewählter Unternehmenskategorien

Anteil der Antworten „hohes Risiko“ in Prozent

Risikofaktoren	Groß- unter- nehmen	Kleine und mittlere Unterneh- men (KMU)	Stark in- ternatio- nali- sierte Unter- nehmen	Nicht in- ternatio- nali- sierte Unter- nehmen	Verar- beiten- des Ge- werbe	Unterneh- mensnahe Dienstleis- ter (UDL)
Fachkräfte-Engpässe	67,5	46,5	45,9	46,4	42,1	48,8
Strukturelle Kostensteigerungen	52,1	41,9	42,8	38,0	53,0	37,3
Cyber-Kriminalität	57,6	40,5	51,2	33,5	33,3	44,0
Standortbedingungen	39,4	39,0	34,6	33,4	39,1	39,0
Finanzmarktkrise	33,7	31,1	22,4	22,0	35,2	29,4
Rohstoffverfügbarkeit	42,1	30,3	30,4	14,9	37,2	27,6
Pandemien	23,9	28,7	17,1	28,1	26,8	29,4
Ausfall kritischer Infrastruktur	40,7	27,8	24,6	22,6	32,4	26,1
Lieferkettenprobleme	40,7	26,9	31,1	17,4	33,4	24,4
Klima-/Umweltpolitik Standort	45,0	26,5	11,5	16,5	35,5	23,1
Geopolitische Risiken	36,5	26,2	46,2	16,1	27,3	26,0
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	18,3	19,5	9,0	13,2	19,2	19,5
Protektionismus	22,5	14,5	21,6	0,3	10,9	16,2
Standortnachteile bei Digitalisierung	7,1	14,3	11,6	16,0	15,8	13,4
Konkurrenzdruck China	23,8	10,4	16,5	3,2	15,8	8,4
Unmittelbare Klimarisiken	12,6	8,5	3,3	5,6	13,3	6,5
Umbrüche durch Digitalisierung	4,2	5,7	7,8	2,4	6,7	5,2

Großunternehmen: mehr als 250 Beschäftigte; stark internationalisiert: auch außerhalb der EU tätig. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – weniger als 250 Beschäftigte. Zu den unternehmensnahen Dienstleistern (UDL) werden Branchen gezählt, die überwiegend für Unternehmen tätig sind (u. a. Logistik, Großhandel, IKT-Dienstleister etc.).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

In allen Unternehmenskategorien gehören Fachkräfte-Engpässe zu den Top-3-Risikofaktoren. Bei Kostensteigerungen gilt das für vier der fünf Kategorien und bei Cyber-Kriminalität für drei von fünf. Erhebliche Divergenzen zeigen sich beim Vergleich der Unternehmenskategorien. Bayerische Großunternehmen sind deutlich risikosensibler als die anderen aufgeführten Gruppen, wie die rote Einfärbung von neun Feldern in der ersten Spalte zeigt.

Am wenigsten risikosensibel sind die nicht internationalisierten Firmen (überwiegend grüne Einfärbung). Zwischen beiden Gruppen gibt es bei den Risiken Fachkräfte-Engpässe und Rohstoffverfügbarkeit große Unterschiede von bis zu 38 Prozentpunkten. Bemerkenswert ist zudem, dass bayerische Großunternehmen Fachkräfte-Engpässe viel kritischer sehen als der Durchschnitt der anderen Unternehmenskategorien. Bei stark internationalisierten Unternehmen betrifft dies die Geopolitischen Risiken.

Das Verarbeitende Gewerbe schätzt die Faktoren Strukturelle Kostensteigerungen und Finanzmarktkrise als besonders risikobehaftet ein. Auch bei Unmittelbaren Klimarisiken ist das Verarbeitende Gewerbe besonders risikosensibel, wenngleich auf niedrigem Niveau. Dagegen fällt auf, dass das Verarbeitende Gewerbe – ebenso wie die sich teilweise überschneidende Gruppe der nicht internationalisierten Unternehmen – Cyberrisiken im Vergleich niedrig einschätzt.

Unternehmensnahe Dienstleister (UDL) sind von Energiepreisschocks objektiv weniger stark betroffen als andere Unternehmen. Dennoch sehen immer noch 37 Prozent von ihnen bei der Entwicklung der Kosten ein hohes Risiko. Das dürfte sich auch damit erklären, dass für die Unternehmenskategorie UDL Fachkräfte-Engpässe und damit steigende Lohnkosten eine besonders große Rolle spielen.

Wenn in der Unternehmenskategorie KMU nur das Verarbeitende Gewerbe betrachtet wird (hier aufgrund geringer Fallzahlen grafisch nicht dargestellt), würde sich die rote Einfärbung von Großunternehmen auf diese Unternehmenskategorie verschieben. Vor allem das Thema Strukturelle Kostensteigerungen verbinden 64 Prozent der KMU im Verarbeitenden Gewerbe mit einem hohen Risiko. Ähnlich ist es bei den Themen Finanzmarktkrise (50 Prozent), Cyberkriminalität (49 Prozent) oder Fachkräfte-Engpässe (47 Prozent).

4 Risikoeinschätzung und Vorbereitung

Unternehmenskategorien im Vergleich

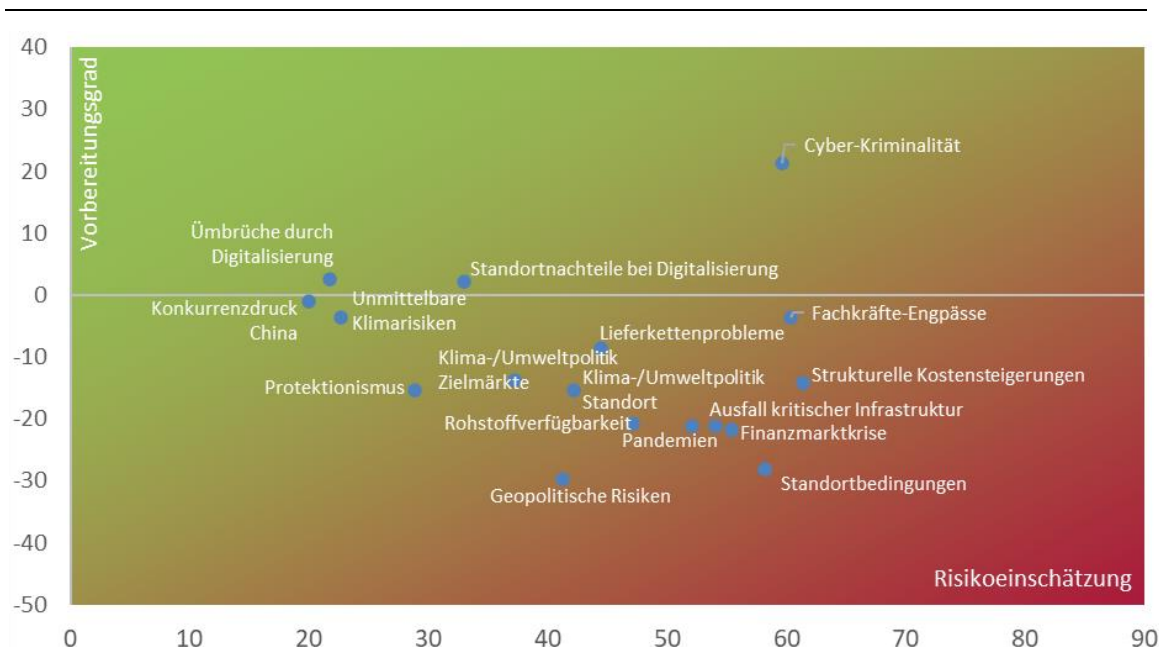
Um festzustellen, wie gut die bayerischen Unternehmen auf die verschiedenen Risikofaktoren vorbereitet sind, wurden sie auch zu temporären und dauerhaften Gegenmaßnahmen befragt (s. Abbildung 1). Um abzuschätzen, ob die Vorbereitung ausreichend ist, sind Gegenmaßnahmen für jeden Unsicherheitsfaktor in Relation zu dem Ausmaß des jeweilig empfundenen Risikos zu setzen. In Anlehnung an die Vorläuferstudien wird dazu die Differenz zwischen Gegenmaßnahmen (strategisch plus temporär) und Risikoeinschätzung (volles „hohes Risiko“ und halbes „Risiko“) betrachtet (vbw, 2023). Diese Maßzahl wird als Vorbereitungsgrad bezeichnet und verdeutlicht, wie umfangreich Unternehmen auf spezifische Risiken reagieren (können). Ein negativer Wert deutet darauf hin, dass im Vergleich zu ihrer eigenen Risikoeinschätzung relativ wenige Unternehmen Gegenmaßnahmen ergriffen haben, ein positiver Wert zeigt ein hohes Maß an Vorbereitung auf Risiken.

Beim Blick auf alle Unternehmen finden sich lediglich drei Faktoren beim Vorbereitungsgrad im positiven Bereich (s. Abbildung 4). Insgesamt fallen die Werte weit auseinander. Bei Cyber-Kriminalität steht plus 21, bei Geopolitischen Risiken minus 30. Zahlreiche Risiken weisen einen Vorbereitungsgrad von weniger als minus zehn auf. Problematisch erscheint das besonders bei Faktoren mit hoher Risikoeinschätzung. Dazu gehören wie im Vorjahr in erster Linie Standortbedingungen, Finanzmarktkrise und der Ausfall kritischer Infrastruktur, also Faktoren, die Unternehmen naturgemäß kaum beeinflussen können.

Bei Strukturellen Kostensteigerungen, dem Faktor mit der höchsten Risikoeinschätzung, ist der Vorbereitungsgrad zwar etwas höher, doch gehören auch ausbleibende Investitionen, Entlassungen und Verlagerungen zu möglichen Anpassungsmaßnahmen, was zulasten des Standorts Bayern geht. Zudem zeigt sich in der Gesamtschau ein negativer Zusammenhang, da bei der Mehrheit der einzelnen Risikofaktoren eine hohe Risikoeinschätzung tendenziell mit einem geringen Vorbereitungsgrad einhergeht.

Der durchschnittliche Vorbereitungsgrad über alle Risikofaktoren hinweg ist mit -11 etwas schlechter als im Vorjahr (minus neun). Werte unter null deuten darauf hin, dass die Unternehmen bei dem betreffenden Risikofaktor nicht hinreichend gegensteuern (können). Bei Verortungen rechts unten im roten Bereich kommen hohes Risiko und schwach ausgeprägte vorbeugende Maßnahmen zusammen. Hier zeigt sich, wo die aktuelle Risikolage zu besonderen Problemen führt und Unternehmen folglich besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Abbildung 4
Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – alle Unternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteilssumme dauerhafter und temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Die Punktwolken in den Abbildungen 5a bis 5d veranschaulichen für vier verschiedene Unternehmenskategorien aus Abbildung 3, wie Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad zueinanderstehen. Je weiter rechts ein Risikofaktor auf der horizontalen x-Achse verortet ist, desto höher sind die wahrgenommenen Risiken. Auf der y-Achse stehen Werte über null für einen hohen Vorbereitungsstand auf die wahrgenommenen Risiken.

Großunternehmen

Ähnlich wie im Vorjahr ist bei den Großunternehmen (Abbildung 5a) die Risikowahrnehmung mit durchschnittlich 55 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als im Gesamtdurchschnitt (43 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr liegt aber nur noch der Risikofaktor Fachkräfte-Engpässe über dem Wert von 80. Der Vorbereitungsgrad dieser Gruppe fällt mit durchschnittlich plus zwei im Gegensatz zu allen anderen betrachteten Unternehmenskategorien positiv aus. Die Großunternehmen nehmen Risiken also am sensibelsten wahr und bereiten sich auch am besten darauf vor. Allerdings liegen mit acht Unsicherheitsfaktoren drei weniger als im Vorjahr auf der Vorbereitungsskala oberhalb der Nulllinie. Augenfällig ist der gegenüber 2023 deutlich gestiegene Vorbereitungsgrad zum Risikofaktor Standortnachteile Digitalisierung (28 nach sechs im Jahr 2023). Auch beim langfristig hoch eingeschätzten Risikofaktor Fachkräfte-Engpässe zeigen sich die Großunternehmen

mit einem höheren Vorbereitungsgrad (14 nach fünf im Jahr 2023) deutlich besser aufgestellt als im Vorjahr. Anscheinend gehen sie längerfristige Themen besonders aktiv an.

Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe (Abbildung 5b) zeigt sich im Vergleich der Unternehmenskategorien ein problematisches Bild. Hier liegt die Risikoeinschätzung zu den 17 Risikofaktoren mit durchschnittlich 48 Prozent über dem Gesamtdurchschnitt von 43 Prozent aller Unternehmen (s. Abbildung 4). Der durchschnittliche Vorbereitungsgrad liegt bei minus 14 Prozentpunkten, ist also genauso gering wie bei den insgesamt wenig risikosensiblen nicht internationalisierten Unternehmen (Abbildung 5c). Nur bei Cyber-Kriminalität zeigt sich ein klar positiver Vorbereitungsgrad von 19. Hier geben 66 Prozent der bayerischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe an, dauerhafte Gegenmaßnahmen zu treffen. Dagegen finden sich wie im Vorjahr viele deutlich negative Vorbereitungsgrade von minus 20 Prozentpunkten und schlechter – bis zu -35 Prozentpunkten bei Geopolitischen Risiken. Aufgrund der zugleich hohen Risikoeinschätzung finden sich gleich mehrere Risikofaktoren im oder am Rand des rot eingefärbten Bereichs. Dies betrifft zum Beispiel Strukturelle Kostensteigerungen (-17) und die Standortbedingungen (-30). Letzteres scheint in engem Zusammenhang mit dem Thema Klima-/Umweltpolitik Standort zu stehen (-26). Auch beim Thema Ausfall kritischer Infrastruktur liegt der Vorbereitungsgrad bei -19.

Nicht internationalisierte Unternehmen

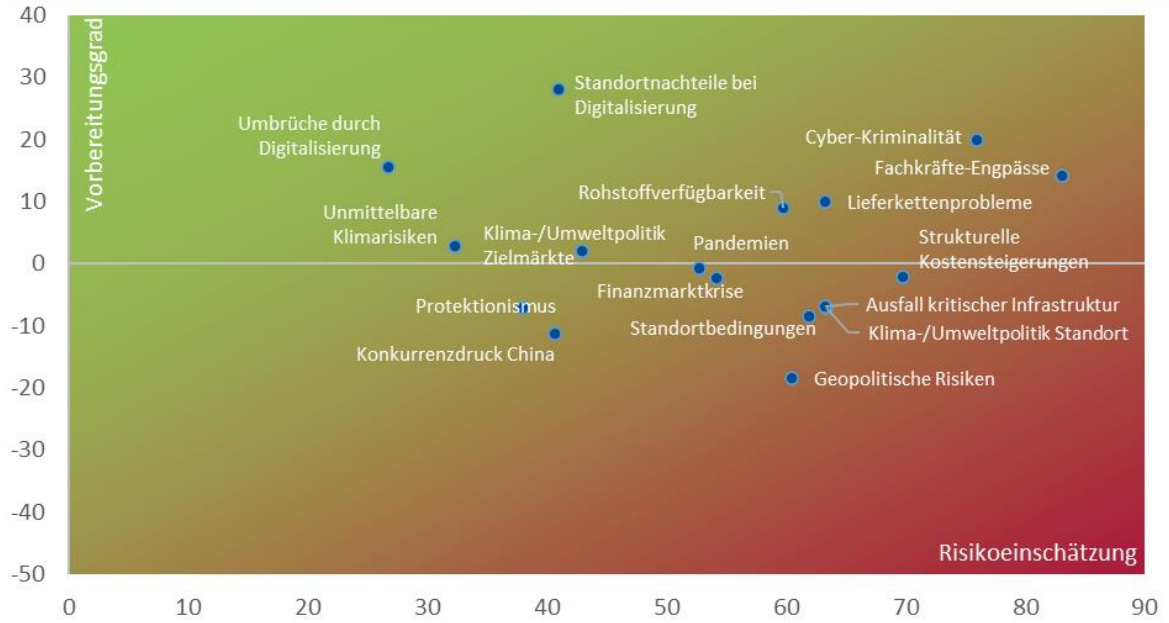
In Abbildung 5c und 5d werden die nicht internationalisierten Unternehmen den stark internationalisierten Unternehmen gegenübergestellt. Hier fällt auf, dass bei den nicht internationalisierten die Risikoeinschätzung (35 versus 45) deutlich schwächer und der Vorbereitungsgrad (-14 versus -7) deutlich niedriger ausfallen als bei den stark internationalisierten Unternehmen. Nur beim Faktor Cyber-Kriminalität weisen die nicht internationalisierten Unternehmen einen positiven Vorbereitungsgrad von zehn auf. Im vergangenen Jahr lagen immerhin drei Faktoren im positiven Bereich. Problematisch ist, dass mit dem Faktor Standortbedingungen (-29) und Ausfall kritischer Infrastruktur (-27) zwei Bereiche betroffen sind, die außerhalb der direkten Gegensteuerung der bayerischen Unternehmen liegen und daher besonderen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf signalisieren.

Stark internationalisierte Unternehmen

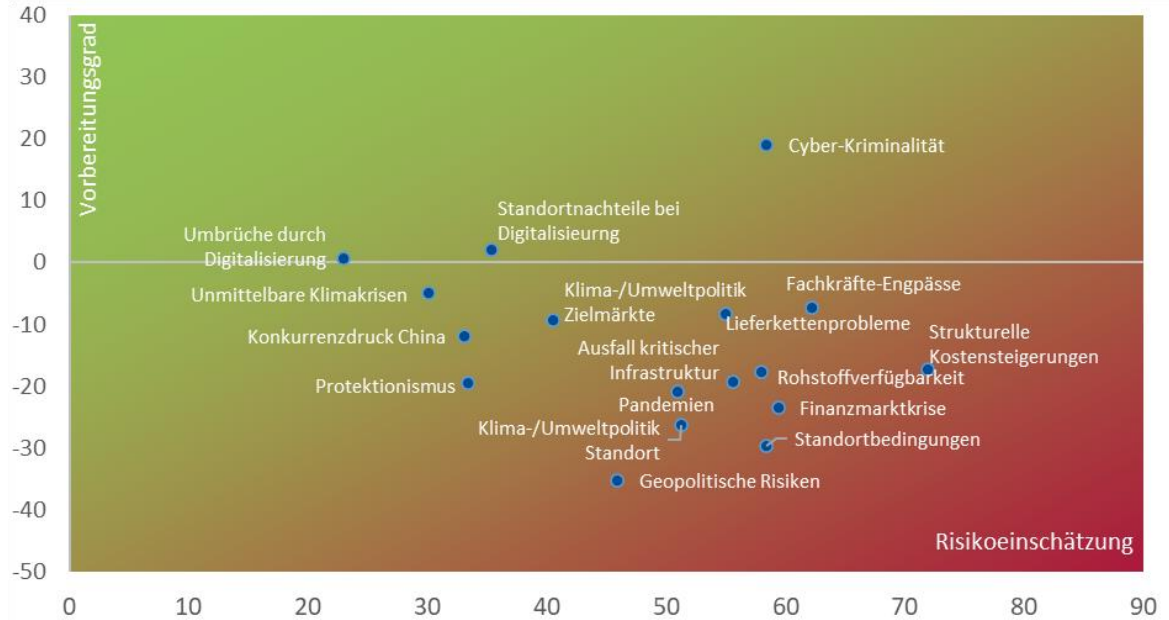
Bei den stark internationalisierten Unternehmen liegen immerhin vier Risikofaktoren im positiven Bereich und zwei auf der Nulllinie. Bei Geopolitischen Risiken sehen sich die stark internationalisierten bayerischen Unternehmen aber wie im Vorjahr mit einem negativen Vorbereitungssaldo von -43 stark exponiert. Auch beim Thema Lieferkettenprobleme weisen stark internationalisierte Unternehmen einen negativen Vorbereitungsgrad von -23 auf. Die Fragmentierung der Weltwirtschaft, ein zunehmend protektionistisches Umfeld und die unsicheren Aussichten im Nahen Osten belasten internationalisierte Unternehmen stark. Hinzu kommt der Faktor Standortbedingungen mit einem negativen Vorbereitungsgrad von -21. Beides zusammen zeigt eine gefährliche Mischung auf, durch die stark internationalisierte Unternehmen zunehmend die Fähigkeit genommen wird, Standortrisiken durch Internationalisierung abzufedern.

Abbildungen 5a bis 5d
Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – vier Unternehmenstypen

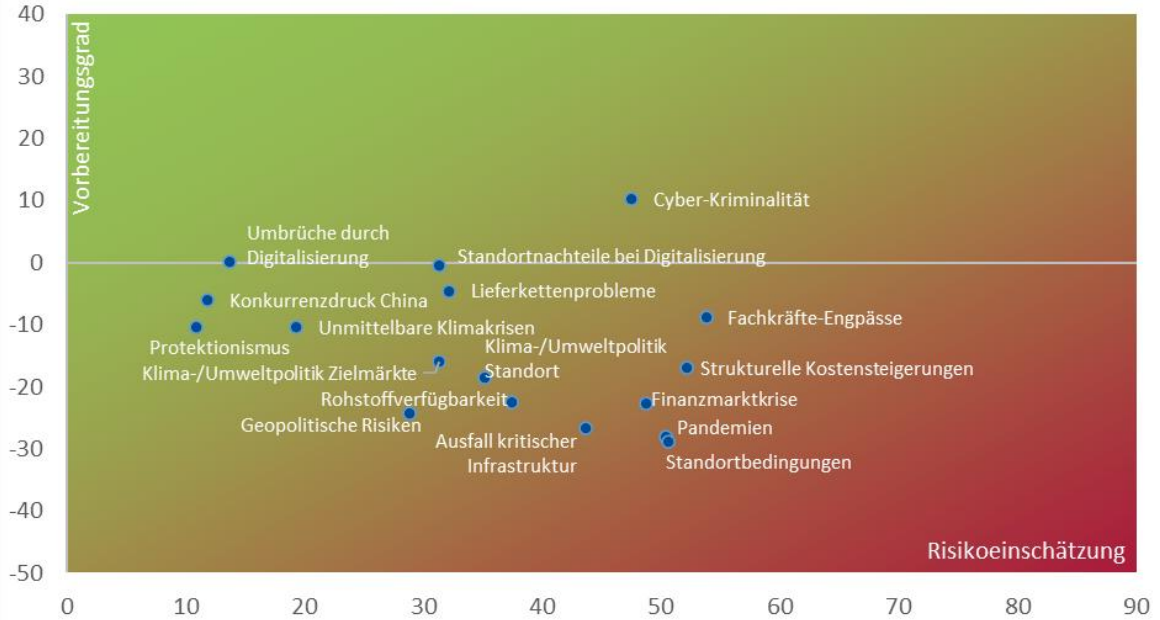
5a – Großunternehmen



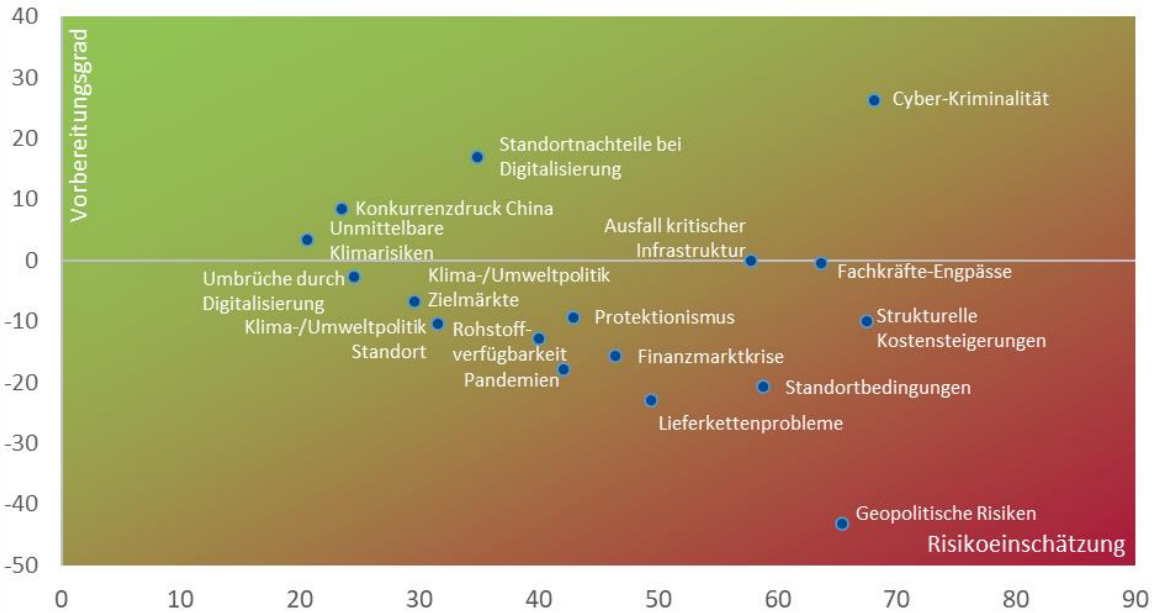
5b – Verarbeitendes Gewerbe



5c – Nicht internationalisierte Unternehmen



5d – Stark internationalisierte Unternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter und temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

5 Standort- und Investitionsentscheidungen

Nicht beherrschbare Risiken führen zu Anpassungslasten.

Angesichts der schleichenden Deindustrialisierung und weiterer Abwanderung vor allem energieintensiver Produktion aus Deutschland wurde in der diesjährigen Umfrage wie erstmals im Jahr 2023 gefragt, ob die einzelnen Risikofaktoren Standort- oder Investitionsrelevanz haben. Den Unternehmen, die mit Ja oder eher Ja antworteten, wurden dann folgende Fragen gestellt: (a) Wird dadurch Ihr Geschäftsmodell oder werden wichtige Teile davon infrage gestellt? (b) Werden dadurch bei Ihnen Erweiterungs- oder Ersatzinvestitionen gehemmt? (c) Verlagern Sie deshalb Produktion ins Ausland? Diese Aspekte stellen Unterkategorien der Frage zur Standort- bzw. Investitionsrelevanz dar. Die folgenden zwei Abbildungen stellen die Antwortanteile an allen Unternehmen dar, beziehen sich also immer auf die Grundgesamtheit der Befragung.

Hinweis zur Interpretation

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss zwischen Standort- und Unternehmenssicht unterschieden werden. Unternehmen können sich bei einer Gefährdung ihres Geschäftsmodells sowohl durch Innovationen als auch durch Auslandsverlagerung neue Chancen eröffnen. Aus Standortperspektive sind Innovationen fördernd für die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft. Bei Auslandsverlagerungen hingegen gehen Investitionen und Wertschöpfung verloren und die Beschäftigungsbasis erodiert. Investitionshemmnisse sind dagegen sowohl für die Unternehmen selbst als auch für den Standort problematisch.

Zur Standort- und Investitionsrelevanz von Risikofaktoren sehen die bayerischen Firmen mit Anteilen zwischen 28 und 29 Prozent Fachkräfte-Engpässe, Strukturelle Kostensteigerungen und Standortbedingungen als die drei relevantesten Faktoren an (Abbildung 6). Die Unsicherheitsfaktoren Finanzmarktkrise und Klima-/Umweltpolitik Standort haben mit 24 und 22 Prozent ebenfalls relativ hohen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Einstellige Werte finden sich nur beim Thema Protektionismus, Konkurrenzdruck China und Unmittelbare Klimarisiken.

Abbildung 6 zeigt einen im Durchschnitt aller Unternehmen weitgehenden Gleichlauf der Antworten zur Wertung von Risiken als Gefahr für das Geschäftsmodell und als Investitionshemmnis. Das ist besorgniserregend. Bei einer Gefährdung des Geschäftsmodells besteht grundsätzlich die Möglichkeit, über Innovationen und stetige Anpassungen Risiken zu beherrschen und Gefahren zu überwinden. Dafür sind aber in der Regel Investitionen nötig. Wenn jedoch der entsprechende Risikofaktor ebenfalls als hohes Investitionshemmnis gesehen wird, gelingt die Anpassung möglicherweise nicht und die Risikowirkungen lassen sich kaum mindern. So sehen beispielsweise 18 Prozent aller bayerischen Unternehmen durch den Unsicherheitsfaktor Standortbedingungen das Geschäftsmodell beeinflusst

und ein sogar noch höherer Anteil von 21 Prozent erkennt darin zugleich ein Investitionshemmnis.

Auch die Gesamt-Gemengelage ist beunruhigend. Ganz oben auf der standortbezogenen Sorgenliste finden sich langfristige Probleme wie Kostensteigerungen, Fachkräfte-Engpässe, Standortbedingungen und auch Klima-/Umweltpolitik Standort.

Abbildung 6

Einfluss auf Standortfaktoren – alle Unternehmen

Risikofaktoren	Standort / Investitionen	Geschäftsmodell	Investitionshemmnis	Auslandsverlagerung
Fachkräfte-Engpässe	29	21	18	4
Strukturelle Kostensteigerungen	28	22	21	5
Cyber-Kriminalität	14	5	1	0
Standortbedingungen	28	18	21	4
Finanzmarktkrise	24	11	15	1
Rohstoffverfügbarkeit	15	11	12	1
Pandemien	18	11	12	2
Ausfall kritischer Infrastruktur	14	8	4	1
Lieferkettenprobleme	15	10	6	1
Klima-/Umweltpolitik Standort	22	14	15	2
Geopolitische Risiken	19	8	10	1
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	13	9	9	1
Protektionismus	9	6	6	2
Standortnachteile bei Digitalisierung	16	5	8	2
Konkurrenzdruck China	7	3	2	0
Unmittelbare Klimarisiken	7	2	2	1
Umbrüche durch Digitalisierung	10	6	3	0

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ (s. Abbildung 3). Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investition. Angaben in Prozent.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Die bayerischen Unternehmen geben als Effekte deutlich häufiger Geschäftsmodellauswirkungen und Investitionshemmnisse an als Auslandsverlagerung. Insgesamt sieht im Durchschnitt aller Unternehmen und über alle Risikofaktoren nur ein einstelliger Prozentanteil eine entsprechende Perspektive. Das verwundert nicht, denn eine Auslandsverlagerung ist für ein Unternehmen ein außerordentlich gravierender Schritt.

Abbildung 7 zeigt allerdings für einzelne Unternehmenskategorien ein deutlich anderes Bild. Dort dargestellt sind die Summen der Antwortanteile zu den 17 Risikofaktoren für die drei Unterkategorien (a) Geschäftsmodell, (b) Investitionen und (c) Ausland für 2024 mit einem Zeitvergleich zwischen 2024 und 2023 (prozentuale Veränderung zum Vorjahr). Dabei werden fünf Unternehmenstypen aus Abbildung 3 übernommen. Ergebnisse zu

nicht internationalisierten Unternehmen werden nicht dargestellt. Das ist fachlich vertretbar, denn hier gibt es zur Auslandsverlagerung kaum Antwortanteile über null.

Abbildung 7

Einfluss auf Standortfaktoren – Summen der 17 Risikofaktoren

	Geschäftsmodell	Investitionen	Ausland
Große Unternehmen	14%	4%	19%
KMU	4%	0%	-41%
Stark internationalisiert	-15%	-18%	-57%
Verarbeitendes Gewerbe	33%	24%	37%
UDL	-8%	-13%	-70%

(a) Wird [durch Risikofaktor(en)] Ihr Geschäftsmodell oder werden wichtige Teile davon infrage gestellt? (b) Werden dadurch bei Ihnen Erweiterungs- oder Ersatzinvestitionen gehemmt? (c) Verlagern Sie deshalb Produktion ins Ausland?

Prozentuale Veränderung zwischen 2024 und 2023. Positive Werte stellen eine Verschlechterung zum Vorjahr dar.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Großunternehmen

Bei den befragten Großunternehmen schlägt die Risikolage am stärksten auf das Geschäftsmodell durch. Konkret wirken sich hier vor allem Fachkräfte-Engpässe (31 Prozent) und Klima-/Umweltpolitik Standort (27 Prozent) aus. Der von den großen Firmen wahrgenommene Handlungsdruck zum Geschäftsmodell hat im Vergleich zum Vorjahr in Summe um 14 Prozent zugenommen (Abbildung 7).

Ähnlich sieht es bei einer geplanten Auslandsverlagerung aus: Insgesamt ist der Anteil der großen Unternehmen, die hier einen Einfluss der 17 Risikofaktoren sehen, um 19 Prozent gestiegen. Beim Risikofaktor Klima-/Umweltpolitik Standort sehen beispielsweise 14 Prozent der großen bayerischen Unternehmen einen Einfluss auf die Frage der Auslandsverlagerung von Produktion.

Verarbeitendes Gewerbe

In allen drei abgefragten Unterkategorien besonders dramatisch ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr im Verarbeitenden Gewerbe. Der Einfluss aller 17 Risikofaktoren auf das Geschäftsmodell ist um 33 Prozent gestiegen. Besonders die Effekte Struktureller Kostensteigerungen (26 Prozent) und der Standortbedingungen (18 Prozent) liegen deutlich höher als 2023.

Bei der Auslandsverlagerung kommt der größte Anstieg um 37 Prozent im Jahresvergleich unter den fünf Unternehmenskategorien zustande. Dahinter steht allerdings ein niedriges Ausgangsniveau. Somit bleiben die Anteile der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit Verlagerungsabsichten bei meist niedrigen einstelligen Prozentsätzen. Mit Betroffenheiten von acht und sieben Prozent der Unternehmen veranlassen vor allem die

Risikofaktoren Strukturelle Kostensteigerungen und Standortbedingungen Unternehmen im Produzierenden Gewerbe zu entsprechenden Planungen. Deutlich wird: Der Trend zur Verlagerung setzt sich bei diesen Unternehmen fort; offenbar sehen die betroffenen Firmen keine Alternative, als der Bedrohung ihres Geschäftsmodells mit einer Verlagerung ins Ausland zu begegnen. Bei den Investitionshemmnissen (24 Prozent mehr als im Vorjahr) schlagen erneut Strukturelle Kostensteigerungen und Standortbedingungen, aber auch die Themen Rohstoffe und Finanzmarktkrise besonders durch. Die hohen Zinskosten und engen Kreditbedingungen im Rahmen der restriktiven Geldpolitik scheinen im Verarbeitenden Gewerbe die Investitionstätigkeit deutlich zu bremsen.

Stark internationalisierte Unternehmen

Bei den stark internationalisierten Unternehmen hat der Einfluss der 17 Risikofaktoren auf die drei Unterkategorien der Frage zur Standort- oder Investitionsrelevanz im Vergleich zum Vorjahr nachgelassen. So liegt die Summe der Antwortanteile beim Faktor Geschäftsmodell 15 Prozent niedriger als im Vorjahr, beim Thema Auslandsverlagerung sind es sogar 57 Prozent. Allerdings kommen die Rückgänge von einem recht hohen Niveau. Innerhalb der einzelnen Risikofaktoren gibt es einige Verschiebungen: So sahen im Jahr 2023 noch 33 Prozent der stark internationalisierten bayerischen Firmen beim Faktor Strukturelle Kostensteigerungen einen Einfluss auf das Geschäftsmodell, in diesem Jahr sagen das nur noch 21 Prozent dieser Unternehmen. Andererseits ist beim Thema Rohstoffe der Antwortanteil von 17 Prozent 2023 auf 20 Prozent gestiegen.

Kleine und mittlere Unternehmen sowie Unternehmensnahe Dienstleistungen

Ein Blick auf KMU und UDL zeigt für diese Gruppen wie schon bei der Wahrnehmung der Risiken zwar deutlich sichtbare, aber im Vergleich mit den vorgenannten Gruppen moderatere Effekte. Besonders wenig für Risikoauswirkungen anfällig zeigen sich die UDL. Viele Risikofaktoren (z. B. Cyber-Kriminalität oder Konkurrenzdruck China) haben aus Sicht der Unternehmen keine Standort- oder Investitionsrelevanz.

Beim Geschäftsmodell wird der Einfluss der 17 Risikofaktoren in diesen Gruppen in der Tendenz weniger gravierend als im vergangenen Jahr eingeschätzt, einzelne Faktoren wie Fachkräfte-Engpässe (22 Prozent) oder Strukturelle Kostensteigerungen (19 Prozent) wirken sich allerdings nach wie vor stark aus. Bei beiden Unternehmenskategorien ist die Summe der Antwortanteile zur geplanten Produktionsverlagerung ins Ausland deutlich rückläufig, bei den UDL mit 70 Prozent besonders stark. Selbst die überwiegend niedrigen Quoten können allerdings nicht beruhigen, da auch begrenzte Abwanderungen dem Standort Bayern empfindlich schaden würden. Zudem sehen Unternehmen, die eine Auslandsverlagerung beabsichtigen, bei einigen Risikofaktoren auch ihr Geschäftsmodell bedroht. Die UDL sehen sich auch bei Investitionen weniger als im Vorjahr beeinträchtigt, bei den KMU ist hier keine Entlastung sichtbar. Die KMU sehen bei den 17 Risikofaktoren in Summe 169 Anteilspunkte beim Geschäftsmodell und 166 Punkte bei Investitionen, und damit bei beiden Kategorien also deutlich mehr Einfluss als die UDL.

Literaturverzeichnis

Burstedde, A. / Kolev-Schaefer, G. (2024):

Die Kosten des Fachkräftemangels, IW-Kurzbericht, Nr. 27, Köln.

Deutsche Bundesbank (2024):

Inländische Investitionshemmnisse für deutsche Unternehmen, Monatsbericht, Mai 2024, 76. Jahrgang, Nr. 5, S. 88-91.

Gottschalk, S. (2024):

Unternehmensschließungen 2023 - Starker Anstieg der Schließungszahlen im verarbeitenden Gewerbe, Unternehmensschließungen, Nr. 2, ZEW, Creditreform, Mannheim/Neuss.

Grömling, M. / Koenen, M. / Kunath, G. / Obst, T. / Parthie, S. (2023):

Deindustrialisation – A European Assessment, Intereconomics, 58. Jahrgang, Nr. 4, S. 209-214.

Küper, M. / Obst, T. (2023):

Energieintensive Produktion bricht stärker als während der Pandemie ein, IW-Kurzbericht, Nr. 19, Köln/Berlin.

Obst, T. (2023):

Stress im Finanzsystem - Wirtschaftliche Auswirkungen einer Bankenkrise, IW-Kurzbericht, Nr. 25, Berlin.

Rusche, C. (2023):

Deindustrialisierung - Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen, IW-Kurzbericht, Nr. 43, Köln.

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (2019):

[vbw Studie Internationale Risiken für bayerische Unternehmen \(vbw-bayern.de\)](https://www.vbw-bayern.de), vbw-Studie, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

vbw (2021):

[vbw Studie Internationale Risiken für bayerische Unternehmen \(vbw-bayern.de\)](https://www.vbw-bayern.de), vbw-Studie, Update, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

vbw (2022):

[vbw Studie Internationale Risiken für bayerische Unternehmen \(vbw-bayern.de\)](https://www.vbw-bayern.de), vbw-Studie, Update, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

vbw (2023):

[vbw Studie Internationale Risiken für bayerische Unternehmen \(vbw-bayern.de\)](https://www.vbw-bayern.de), vbw-Studie, Update, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01	Risikobewertung und Gegenmaßnahmen aller Unternehmen
Abbildung 02	Risikoeinschätzung im Zeitvergleich
Abbildung 03	Risikoeinschätzung im Vergleich ausgewählter Unternehmenskategorien
Abbildung 04	Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – alle Unternehmen
Abbildung 05 a bis d	Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – vier Unternehmenstypen
Abbildung 06	Einfluss auf Standortfaktoren – alle Unternehmen

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Benedikt Rüchardt

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252
benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2024

Weitere Beteiligte

Institut der deutschen Wirtschaft

Dr. Thomas Obst

030-27877-135
obst@iwkoeln.de

Jürgen Matthes

0221-4981-754
matthes@iwkoeln.de

Edgar Schmitz

0221-4981-733
schmitz@iwkoeln.de